

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 2418.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23.

Freitag, den 28. Januar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Deutschlands auswärtige Politik in der Budget-Commission.

Während man im Plenum des Reichstages noch immer nicht dazu gekommen ist, durch eine regelrechte Interpellation von der Regierung Auskunft über ihre Chinapolitik zu verlangen, hat man sich nun wenigstens dazu bequemt, in der Budget-Commission bei Gelegenheit der Berathung des Etats des auswärtigen Amtes in einer durchaus schonenden Weise sich einige Mittheilungen zu erbitten. Viel ist dabei nicht herausgekommen, und wenn man etwas als das positive Ergebnis dieser Berathungen bezeichnen will, so ist es, daß die Regierung selbst noch nicht recht weiß, woran sie ist, daß die Geschichte eine sehr verwickelte ist, zu unabwehrbaren Konsequenzen führen kann und jedenfalls viel Geld kosten wird.

Der uns vorliegende Bericht lautet:

In der Budgetkommission des Reichstages stand heute der Etat des Auswärtigen Amtes zur Berathung. Die Besoldungen des Staatssekretärs und der übrigen Beamten wurden debattelos bewilligt. Bei den Gesandtschaften und Konsulaten erklärte Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg, daß über die internationale Konferenz, die in Athen stattgefunden und die vorgelegten Entwürfe und gefassten Beschlüsse er aus diplomatischer Courtoisie nichts sagen könne. Deutschland halte seine Forderungen in bescheidenen Grenzen. Die Rechte der deutschen Gläubiger würden mit allem Nachdruck vertreten, die Grundsätze von Treu und Glauben müßten auch im öffentlichen Verkehr aufrecht erhalten werden. Die eingefetzte Finanzkontrolle bedeute keine Härte, sei vielmehr ein Segen für Griechenland. Nur durch diese Kontrolle sei es Griechenland möglich, seine Finanzen zu ordnen. — Im Fortgang der Verhandlungen erbittet Abg. Richter Auskunft über die Verhältnisse in Kreta und fragt, ob der Kaiser nach Jerusalem zu reisen beabsichtige. Staatssekretär v. Bülow erwidert, bezüglich der kretischen Frage habe sich in unserer Politik nichts geändert. Sobald die übrigen Mächte ihre Schiffe zurückgezogen, würde auch Deutschland die „Oldenburg“ zurückziehen. Ueber die Absicht einer Reise des Kaisers nach Jerusalem sei ihm nichts bekannt. Abg. Bebel ist der Meinung, daß die deutsche Politik in Bezug auf Kreta keine richtige gewesen. Kreta müsse über kurz oder lang zu Griechenland gehören. Deren Interessen seien durchaus gemeinsam. Man möge bei den Kretensern nicht verurtheilen, was man bei anderen Völkern für durchaus gerechtfertigt halte. Abg. Hamacher: Kreta stehe unter der Souveränität der Türkei. England würde die Unterwerfung niemals zugeben haben. Das Verbleiben unseres Panzers vor Kreta sei durchaus korrekt, eine Konsequenz von Deutschlands Friedenspolitik. — Bei der Gesandtschaft für Lissabon spricht der Abg. Dr. Hasse den Wunsch aus, daß Deutschland gegen Portugal nicht rigoros vorgehe. — Staatssekretär v. Bülow erklärte, man werde die Interessen der deutschen Gläubiger nach Möglichkeit wahren. Die fremden Rechte würden von uns stets geachtet, nur dürfen auch unsere Rechte nicht angetastet werden. — Bei der Botschaft in Paris fragt Richter wegen der Dreyfus-Affaire an. — Staatssekretär v. Bülow: Deutschland hat mit diesen Dingen, die so viel Staub aufgewirbelt haben, nicht das geringste zu thun. Die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind durch diese Sachen niemals irgendwie gestört worden. — Bei der Gesandtschaft in Peking giebt Staatssekretär v. Bülow auf Anfrage des Referenten Prinz Arenberg nähere Auskunft über

unsere Beziehungen zu China.

Der bisherige Gouverneur der Provinz Schantung, Li-Ping-Chang, ist abgesetzt und ihm die Befähigung abgesprochen worden, je wieder ein Staatsamt zu bekleiden. Ferner sollen sechs von uns bezeichnete obere Beamte aus der Provinz veretzt und bestraft werden. Organ die am Morde selbst beteiligten Verbrecher ist das Strafverfahren im Gange. Für den der katholischen Mission und ihren Angehörigen erwachsenen Schaden verspricht die chinesische Regierung die von der Mission geforderte volle Ent-

schädigung in Höhe von 3000 Taels zu zahlen. Zur Sühne des Todes der Missionare sollen drei Kirchen errichtet und mit einer kostlichen Schutztafel versehen werden, und zwar eine von der Mission bereits begonnene Kirche in Tching, eine in der Stadt Tsaoischou und eine am Orte des Mordes selbst. Die chinesische Regierung verpflichtet sich, für jede Kirche 66 000 Taels anzunehmen, für die beiden Kirchen in Tsaoischou und am Orte der That außerdem freie Baupläne zu gewähren. Ferner werden zum Bau von 7 sicheren Wohnhäusern für die katholische Mission in der Präfektur Tsaoischou 24 000 Taels angewiesen. Alle diese Zahlungen erfolgen durch Vermittelung der deutschen Gesandtschaft in Peking, um die Missionare vor Reibungen mit den chinesischen Behörden zu bewahren. Zum Schutze unserer Missionare wird von der chinesischen Regierung ein besonderes Edikt veröffentlicht werden; die deutsche Vertretung in China wird die genaue Ausführung sorgfältig überwachen. Die beste Wertschätzung erbitten wir aber in der dauernden Anwesenheit deutscher Kriegsschiffe und der deutschen Besatzung in der Kiao-Tschau-Bucht, durch welche die Macht des deutschen Reiches den chinesischen Lokal- und Provinzialbehörden, sowie der Bevölkerung ständig und sichtbar gezeigt werde, die hoffentlich nicht wieder vergessen werden, daß kein gegen einen deutschen Reichsangehörigen begangenes Unrecht ungesühnt bleibt. — Abg. Dr. Hamacher fragt an, ob für den jüngst verlegten Missionar Homyer auch Genugthuung verlangt sei. Dies bejaht der Staatssekretär. — Abgeordneter Richter bittet um Aufklärung über die Besetzung von Kiao-Tschau und fragt an, ob Staatssekretär v. Bülow auch die Verantwortung für die in Kiel gehaltenen Reden übernehme. — Abg. Bebel ist der Meinung, daß durch Anbringung der kaiserlichen Wappen der Fanatismus der Chinesen herausgefordert werde. Dem widerspricht Abg. Dr. Hamacher mit Entschiedenheit. Politik machen heiße auch die Gelegenheit benutzen. Erwünscht wäre es, wenn der Herr Staatssekretär über die Kiao-Tschau-Bucht genauere Auskunft ertheilen würde, um überflüssige Debatten im Plenum möglichst zu vermeiden. Abg. Dr. Lieber: Die englische Regierung verfolge mehr die merkantilen, das deutsche Reich auch die idealen Interessen. Die Kommission sei aber nicht der Ort zu so eingehenden Erörterungen. Man könne es Herrn v. Bülow nicht verübeln, wenn er vorerst eine gewisse Reserve beobachte. Solche Dinge, die sich für die Öffentlichkeit nicht eignen, müssen hier vertraulich behandelt werden. Staatssekretär v. Bülow wäre gern bereit, eingehender zu antworten, bis jetzt lägen aber nur Telegramme aus Peking vor, die die Grundlagen abgegeben haben für die Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger“. Direktor Reichardt giebt noch Erläuterungen über den chinesischen Handelsvertrag. Abg. Felsen tritt für weitere Berufskonsulate in China ein, besonders in Hainan. Redner klagt über den Opiumschmuggel nach Tonting. Solche Zustände müßten durch Deutschland beseitigt werden. Die Franzosen müßten ihr System ändern. Staatssekretär v. Bülow: Was Hainan anlangt, so sei auch er der Meinung, daß wir uns die Butter nicht vom Brode nehmen lassen sollten. Die Kiao-Tschau-Bucht umfasse 12 Seemeilen nach jeder Richtung; die Einfahrt sei günstig. Außer den Inseln seien zwei bedeutende Riffe vorhanden. Das Klima sei das gesündeste in ganz China. Die Bucht sei jedenfalls eine sehr gute Riede. Der Wasserwechsel betrage etwa 3 Meter; der Salzgehalt des Wassers sei groß, und das Seewasser sei frei von Sinkstoffen. Der vorkommende Sand sei für die Schifffahrt ungeeignet. Die Kiao-Tschau-Bucht habe eine große Ähnlichkeit mit dem Fahdebusen. Das Grundwasser eigne sich als Trinkwasser. Das nördliche Ufer der Bucht sei das fruchtbarste; auch Kiefernbestände kämen vor. Die Provinz sei die bevölkerteste Chinas und das Volk genügsam und zugänglich. Fischerei von Bedeutung bestehe nicht. Die Landwirtschaft werde sorgfältig betrieben, Buchweizen und Gerste werden gebaut, Wiesen aber seien keine vorhanden. Es mangle an Dünger; die Felder aber machten trotz der ungenügenden Düngung einen vorzüglichen Eindruck. Das Chausseewesen sei wenig entwickelt, zwischen den einzelnen Ortschaften beständen meistens nur Fußwege. Dagegen sei Wasserbindung, aber nicht Schiffbare, vorhanden. Der fette Lehmboden liefere das Baumaterial und die Ziegel; auch

Granit und Sandstein finde sich. Dagegen mangle es an Bauholz, das aus Amerika werde bezogen werden müssen. Abgesehen von Seidenweberei und Strohflechterei gebe es keine Industrie. An Arbeitskräften fehle es nicht, die Bevölkerung sei stark, gesund und arbeitsam. Die Kiaotschau-Bucht lasse sich leicht in ein großes, geschütztes Becken verwandeln. Eisenbahnverbindungen seien ohne große Mühe herzustellen. Für unsere handelspolitischen Beziehungen biete die Bucht die größten Vortheile. In China werde überall der große Werth der Provinz betont. Die Kohlenlager müßten nur erschlossen werden, dann könne der sehr teuren japanischen Kohle erfolgreich Konkurrenz gemacht werden. Die Kiaotschau-Bucht bilde die Grundlage zu einer gesunden Entwicklung; als Eldorado sehe man sie indessen nicht an. Abg. Richter wünscht eine Denkschrift, die im einzelnen geprüft werden könne. Auf den Vertrag mit China komme es an; es handle sich darum, inwiefern uns Eisenbahn- und Bergwerks-Konzessionen von China zugestanden seien. Vorerst solle der Titel 21 — Gesandtschaft in Peking — abgesetzt werden: erst müsse man den Wortlaut des Vertrages mit China kennen; eine telegraphische Skizze genüge nicht. Habe das Abkommen irgend welche Verpflichtungen gegen Rußland und Frankreich zur Folge? — Staatssekretär v. Bülow: Wir sind gern bereit, eine Denkschrift vorzulegen. Uns ist nichts davon bekannt, daß die Franzosen in Hainan eingetroffen sind. Unser Vorgehen ist legal; unser Verhältnis zu anderen Staaten wird nicht dadurch berührt. Für die Kiefer Rede wird auch der Reichsanzeiger gerne die sachliche Verantwortung übernehmen. Welche Höhe Prinz Heinrich besuchen wird, steht noch nicht fest. — Abg. Bebel: Auf Liebers bestimmte Fragen über den finanziellen Effekt der Erwerbung der Kiao-Tschau-Bucht sei keine bestimmte Antwort erfolgt. Eine solche sei wohl auch zunächst nicht zu erwarten. Jedenfalls werden beträchtliche finanzielle Opfer notwendig werden. — Auch Abg. Graf Stolberg hält die Frage nach den finanziellen Wirkungen für berechtigt. Wenn man auch volles Vertrauen zur Regierung habe, so sei eine solche Auskunft doch dringend zu wünschen. Unsere Interessen seien wesentlich Schifffahrtsinteressen und diese haben die bisherigen Konsulate auch vorzüglich vertreten. Was den Opiumschmuggel anlangt, so habe Frankreich erklärt, es wolle Milde walten lassen. Es sei mit der Zahlung von Geldstrafen zufrieden gewesen. — Abgeordneter Dr. Lieber: Das Wichtigste ist für uns die Frage, welche finanziellen Engagements wir mit der Erwerbung der Kiao-Tschau-Bucht eingehen. Haben wir noch einen Nachtragsetat zu erwarten? Wie werden wir unsere Stellung dort behaupten wollen? Etwa durch Errichtung einer Schutztruppe? Es sieht so aus, als wenn wir das haben nehmen müssen, was uns England übrig gelassen hat. — Staatssekretär von Bülow: Ueber die Kosten-Frage wird mein Kollege vom Reichsschatzamt, der leider soeben weggegangen ist, die nötige Auskunft ertheilen. — Was den Vorfall in Hainan betrifft, so hat sich der Kapitän Ott durch eigene Schuld vor Gericht eine Strafe zugezogen. — Dieser Angabe widerspricht Abg. Freese: Der von der französischen Behörde angegebene Grund für die Ablehnung des Gesuches ist nur ein Vorwand, eine Ausflucht. Ott hat sich vor Gericht durchaus korrekt benommen. Für die Haltung der französischen Regierung war weniger die Justizbehörde als die Zollbehörde ausschlaggebend. — Abg. Prinz Arenberg hält eine gründliche Aussprache über die wirtschaftliche, politische und finanzielle Bedeutung der Besetzung der Kiaotschau-Bucht im Plenum für durchaus erforderlich. — Nachdem Abgeordneter Richter seinen Antrag auf Abhebung des Titels 21 — Gesandtschaft in Peking — zurückgezogen hat, werden die sämtlichen Titel für Botschaften und Gesandtschaft bewilligt. — Für Prag wünscht Abgeordneter Prinz Arenberg ein Berufskonsulat. — Staatssekretär von Bülow sagt ein solches zu und zwar im Einverständnis mit der österreichischen Regierung. Bei dieser Gelegenheit wird mitgeteilt, daß in Prag 1400, in Böhmen überhaupt 28 000 Reichsdeutsche wohnen. Der Staatssekretär theilt auf Anfrage weiter mit, daß die Entschädigung für die Verluste bei den letzten Ausschreitungen den Reichsangehörigen seitens der Stadt Prag gewährt werden müssen.

Abg. Dr. Hamacher findet, daß die österreichische Regierung nicht überall loyal vorgegangen sei. Auch die Armee habe bei dem Aufbruch ihre Schuldigkeit nicht gethan.

Politische Rundschau. Deutschland.

Ein interessanter Vergleich. Im demokratischen Verein zu Frankfurt a. M. referierte am Montag der Rechtsanwalt Heigl-München in einem interessanten Vortrag über die Schweizer Staatsverfassung und deutsche Verhältnisse, dem wir zu Ruhm und Frommen unserer Leser einige Stellen entnehmen wollen. Er betonte, daß in der Schweiz ein Maß von Freiheit gegeben ist, das uns als ein für absehbare Zeit schier unerreichtes Ideal erscheint, und sagte dann weiter:

Die Souveränität des Volkes ist methodisch und sorgfältig durchgeführt. Die Bundesversammlung gleicht die Beschlüsse der Bundesversammlung vorzulegen und nur der Souverän, eben das Volk, hat beizugeben, wenn 30,000 Schweizerbürger oder acht Kantone es verlangen. Diesem Volksentscheid, der stets am Sonntag vorgenommen wird, dem Referendum, müssen sich Präsident und Bundesrat und Bundesversammlung beugen. Das Volk allein hat auch ein Auflösungsrecht gegenüber der Bundesversammlung; 61,000 Schweizerbürger können eine Verfassungsrevision begehren, und entscheidet sich die Nation dafür, so muß eine neue Bundesversammlung gewählt werden. Der Bundespräsident und sein Stellvertreter werden alljährlich neu gewählt, beide sind das Jahr nach ihrer einjährigen Amtsdauer nicht wiederwählbar. Das Delegationsrecht liegt bei den kantonalen Vertretungen, es hängt nicht von der Willkür Einzelner ab.

Der Schweizerische Kriegsminister hat gegenüber der Ausrüstung eines Staatsoffiziers, daß ein Sozialdemokrat in der Schweizerischen Armee keinen hohen Posten bekleiden könne, sofort erklärt, daß die politische Ueberzeugung keinerlei Unterchied im Heeresdienste bilde und daß die Ausrüstung des Staatsoffiziers „unbegreiflich sei.“ Uns würde es „unbegreiflich“ sein, wollte ein deutscher Kriegsminister so reden.

Die Friedensrichter werden alle drei Jahre gewählt. Die Bewerber haben nicht nötig, juristisch vorgebildet zu sein; die juristische Vorbildung schadet ihnen nur nichts. (Weiterheit.) Die fortwährende gesetzgeberische Thätigkeit der Schweizerbürger giebt ihnen eine gesteigerte Schulung in öffentlichen Dingen. Dieser Thatsache entspricht es ja auch, daß die deutsche Reaktion die Wahlfrist von drei auf fünf Jahre verlängert hat. Die ein Interesse an der Unaufgeklärtheit des Volkes haben, sind naturgemäß die Feinde des Stimmrechts.

Der Gehalts, daß der Staat jedermann, der Jurisprudenz studiert hat, lebenslänglich den Futtertrog füllen muß, ist dem Schweizer fremd. Die Beamten werden auf Zeit gewählt, und das macht sie mißliebiger. Eine Eigenthümlichkeit hat der Schweizer Volkssozialismus: er kennt keine Majestätsbeleidigung. Die Nation steht zu hoch, als daß sie beleidigt werden könnte. Was sollte auch in einem Staate aus einem Majestätsbeleidigungsprozeß werden, wo der Generalstaatsanwalt der Sozialdemokratischen Partei angehört? Da würde bei uns flugs noch ein Staatsanwalt über den Generalstaatsanwalt gesetzt werden, um diesen verhaften zu können. Auch in den Regierungsräten und Staatsräthen sitzen Sozialdemokratische Mitglieder. Die Schweiz fürchtet sich nicht vor politischen Gespenstern und jede Partei weiß, daß sie die Freiheit besitzt, ihre Ziele auf gesetzlichem Wege zu erreichen.

Die Pressefreiheit ist in der Bundesverfassung gewährleistet. Die Kantone dürfen keine Verordnungen im Pressewesen ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen. Das Zeugnis eines Staatsanwalts über den Generalstaatsanwalt gesetzt werden, um diesen verhaften zu können. Auch in den Regierungsräten und Staatsräthen sitzen Sozialdemokratische Mitglieder. Die Schweiz fürchtet sich nicht vor politischen Gespenstern und jede Partei weiß, daß sie die Freiheit besitzt, ihre Ziele auf gesetzlichem Wege zu erreichen.

Das Schweizer Vereinsrecht ist nicht ganz so frei wie die Presse. Das hängt damit zusammen, daß jenseitige politische Flüchtlinge dort ihr Asyl suchen. Deshalb besteht die volle Vereinsfreiheit nur für die Schweizerbürger. Aber in der Praxis ist kein Unterschied zwischen ihnen und den Ausländern. Eine Ueberwachung durch die Polizei kennt das unabhängige Schweizer Volk bei seinen politischen Versammlungen natürlich nicht.

Auf sozialem Gebiet ist u. A. die staatliche Unterstützung der Arbeitersekretariate zu erwähnen. Das Nürnberger Arbeitersekretariat ist bislang nur mit zwei Strafbefehlen auf je 30 Mk. vom Staat unterstützt worden, weil es sich durch den Namen „Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg“ einen amtlichen Anstrich verliehen habe. Man kann nicht bestreiten, daß die Schweizer Verfassung eine wahrhaft demokratische ist. Und wer die Forderung der deutschen Volkspartei nach einem Volksstaat als ein unerfüllbares Ideal zu bezeichnen liebt, der muß verwiesen werden auf das reiche Leben, das im Schweizer Volksstaat herrscht.

Glückliche Schweizer!
Ordnungsparteiliche Toleranz. Nationalliberale und Landbändler sind sich betanntlich vieler Orten an das treue Herz gesunken, weil — erstere mußten. Wie weit jedoch diese Freundschaft her ist und wie sie von den Agrariern aufgefaßt wird, beweist der Umstand, daß in einer am Sonnabend zu Sottum (17. hannov. Wahlkreis) in einer Versammlung des Bundes der Landwirthe dem nationalliberalen Reichstagskandidaten Deyleg das Wort abgeschnitten wurde.

Zünftler und Agrarier. Nach der Abrechnung der Wirtschaftsgenossenschaft der Bäckerinnung Germania zu Berlin hat letztere bezogen in den Jahren 1896 und 1897: 2300 bzw. 2900 Zentner Matturbutter, dagegen in derselben Periode: 4500 bzw. 6450 Zentner Margarine und diverse Fette. So nimmt sich die theoretisch feststehende Freundschaft zwischen Bunsbräutern und Junken in der Praxis aus.

Aus dem Lager der „Edelsten und Besten.“ Ein Arelstag soll am 17. Februar im großen Saale der Kriegsakademie in Berlin abgehalten werden. Vorsitzender ist Graf von der Schulenburg-Behendorf. Geheimer Ober-

regierungsrath von Knebel-Döberitz will über den Stand der Vorarbeiten für eine Rentenanstalt, Geheimer Oberregierungsrath v. Bremen aus dem Kultusministerium über den Antrag Graf Brühl, betreffend die Abschaffung der Jahresgebühren für die staatliche Beaufsichtigung der Fideikommissionen in Preußen referieren. O diese armen nothleidenden Fideikommissionbesitzer! Ferner soll verhandelt werden über die Errichtung von adeligen Damenheimen.

Die Agrarier und der Wahltermin. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Wir können nicht glauben, daß die Regierung einen so ungünstigen Zeitpunkt für die Reichstagswahlen wählen könnte (als den von uns mitgetheilten). Es giebt wohl im ganzen Jahre keinen milder günstigen Monat als den Juli, dessen erste Hälfte gewöhnlich durch die Hedernte, dessen zweite durch die Getreideernte beansprucht wird. Wir halten nach wie vor die Pause zwischen der Feldbestellung und dem Beginn der Heuernte für die geeignetste Wahlzeit.

Das wäre also anfangs Juni.

Der Sozialdemokratie kann es ziemlich gleichgültig bleiben, wann gewählt wird.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hat dem Minister v. Craillheim den Gesellen gethan, die sozialdemokratischen Anträge über Reform der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, Wohnungen und Koalitionsrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Dr. Sigl's abzulehnen.

Frankreich.

Zola überreichte dem Staatsanwalt eine Liste von ihm zur Erbringung des Wahrheitsbeweises vorgeschlagenen Zeugen. Die Zahl beträgt 104. Es befinden sich darunter Casimir Perier, der frühere Minister Dupuy, Guérin, Develle, Ribot und Darlan, die Generale Mercier, Boisdeffre, Gonse und Pelleng, die Obersten du Path de Clam, Biquart und Henry, die Majors Esterhazy und Forzinetti, Frau Dreyfus und Frau Boulancy, sowie zahlreiche Sachverständige, Gelehrte und Schriftsteller, endlich Mitglieder der russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und englischen Volkshast.

Spanien.

Wahltag. Der „Frei. Zig.“ wird aus Madrid telegraphirt: Die Regierung betrachtet die Wahl Pablo Iglesias', des Führers der spanischen Sozialisten, und eines zweiten Sozialisten als Cortes-Abgeordneter für gesichert. Bisher war diese Partei noch nie in den Cortes vertreten.

Deutscher Reichstag.

(Original-Vericht des „Lübeker Volksboten“.)

Berlin, den 25. Januar 1898.

Der Reichstag war heute fleißig. Er erledigte zunächst einen agrarischen Antrag auf Besteuerung des Zuckersurrogats Saccharin durch Ueberweisung an eine vierzehngliedrige Kommission. Große Aussicht auf Annahme hat der agrarische Antrag nicht, viel eher wird eine Verbrauchsbeschränkung des Saccharins als Heilmittel eingeführt werden, für die auch unser Genosse Wurm in einer wirkungsvollen Rede eintrat. Ganz richtig schlug er als bestes Mittel die Verwendung des Zuckersurrogats zu beseitigen, die Abschaffung der Verbrauchsabgabe für Zucker, also eine Zuckerverbilligung vor. Während im ersten Theil seiner sachmännischen Rede auf der rechten Seite des Hauses wiederholt Beifall erscholl, wurden die Gesichter der Junken immer unfreundlicher, je herber Wurm unsere Zuckersteuerpolitik kritisirte.

Den zweiten Theil der Sitzung füllte die Debatte über den sozialdemokratischen Initiativantrag, auf Einführung eines freizeithilflichen Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes aus. Der Antrag ist ein alter Bekannter, er ist schon in früheren Jahren eingebracht und eingehend diskutirt worden. Wir fürchten nur mit allzu gutem Grund, daß er auch noch in künftigen Jahren auf der Tagesordnung stehen wird, denn die Reaktion denkt gar nicht daran, auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zu gehen. Unser Genosse Geyer begründete den Antrag. Er hielt sich an seine Heimath Sachsen und das Material, was über die Versammlungs- u. Vereinsunfreiheit in Sachsen gesammelt werden kann, ist bekanntlich gar nicht zu erschöpfen. Geh. Rath Fischer von der sächsischen Regierung konnte auf die schweren Anklagen nur mit ein paar nichtsagenden Rebensarten antworten. Als freiwillig sächsischer Regierungskommissar trat König Stumm auf. Er schimpfte wieder wie ein Rohrpaß, gebrauchte auch wieder den bei ihm so beliebten Ausdruck „Bausellungen“. Mit dem Abg. Benzmann kam er bezweigen noch in persönlichen Streit, der sich am Schlusse der Sitzung in persönlichen Bemerkungen Luft machte. Der Präsident rief schließlich beide Abgeordnete zur Ordnung, verdient hatte ihn eigentlich nur der edle, wohlgezogene Freiherr. Die nächste Sitzung findet erst am Freitag statt.

25. Sitzung.

Am Bundesrathstische: Frh. v. Thielmann. Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge des Abg. v. Bloch und des Abg. Dr. Baasche auf Einführung eines Gesetzes über die Steuer auf Saccharin und verwandte Süßstoffe. v. Bloch (R.): Die Produktion hat in der Zuckerindustrie durch das fortgesetzte Sinken der Preise in der letzten Zeit mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da die bisherige Gesetzgebung zu dieser Frage keine Besserung herbeigeführt hat, werden wir an weitergehende Hilfsmittel denken müssen. Vor allem wird es als Ungerechtigkeits empfunden, daß die künstlichen Süßstoffe: Saccharin u. s. w. frei ausgehen, während die hohe Steuer auf Zucker den Konsum desselben stark herabdrückt. Bisher war freilich die Saccharinproduktion sehr gering, aber schon jetzt ist eine starke Zunahme zu bemerken und eine noch größere des hohen Gewinns

wegen zu erwarten. Frankreich, Spanien, Portugal besteuern bereits das Saccharin. Der Zucker enthält sehr viel Nährkraft, das Saccharin keine und setzt die Verdauungsfähigkeit stark herab. Wir bitten die Regierung und den Reichstag, diese Frage ernstlich zu prüfen und sie wenn möglich noch in dieser Session zur Entscheidung zu bringen. (Beifall rechts.)

Dr. Permes (FVP): Die Erfahrung lehrt, daß der Zuckerindustrie nur durch Mittel geholfen werden kann, die den Konsum heben. Hier soll mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden; die geringe Saccharinproduktion fällt gar nicht ins Gewicht. Woher weiß Herr v. Bloch, daß Saccharin die Verdauung stört? Es wird nur da verwendet, wo es auf den süßen Geschmack, nicht auf den Nährgehalt ankommt; als Mehlzusatz ist es unentbehrlich. Als Ersatz von Kaffeesurrogaten wird es von der ärmsten Bevölkerung verwendet, die durch höhere Besteuerung des Bieres schwer getroffen würde. Hoffentlich bleibt die Regierung diesem Fanatismus hochachtungsvoller Kreise unzugänglich. (Beifall bei der freif. Volkspartei.)

Dr. Baasche (N.): Die Besteuerung von 80 Mk. pro Kilogramm, die wir vorschlagen, entspricht noch nicht einmal der Besteuerung des Zuckers in Hinblick auf den 500fachen größeren Süßstoffgehalt des Saccharins. Die Verwendung des Saccharins zur Geschmacksverbesserung ist sehr gefährlich; es wird verwendet, um schlechte oder verborbene Stoffe wieder genießbar zu machen bei schlechtem Bier, Kaffee, Margarine, Büdelfleisch. Das Publikum wird dadurch getäuscht. Die Steuer auf Saccharin ist gerecht: Zucker wird als Genussmittel besteuert. Warum soll nicht seine Erzeugnisse besteuert werden. Redner empfiehlt Kommissionsberatung, ist aber bereit, seinen Antrag zurückzuziehen, wenn die Regierung ein Gesetz verpricht.

Staatssekretär Frh. v. Thielmann: Die Regierung hat sich über die Frage noch nicht schlüssig gemacht; selbstverständlich liegt ihr das Wohl der Zuckerindustrie sehr am Herzen. Ob eine Zollkontrolle überhaupt bei den chemischen Süßstoffen möglich ist, erscheint mir sehr zweifelhaft. Ein Produkt, bei dem der Zoll 80 Mk. für das Kilo beträgt, kann zu leicht geschmuggelt werden. Dagegen empfiehlt sich vielleicht Verbrauchsbeschränkung.

Schwarz (F.) beantragt Kommissionsberatung. Graf Stolberg (R.) schließt sich diesem Antrage an.

Wurm (S.): Für die Anträge von Bloch und Baasche sind wir nicht zu haben. Eine Steuer ohne Einfuhrzoll ist ein Un Ding und es hieße dem Schmuggel Thür und Thor öffnen, wollte man auf ein Produkt einen Zoll legen, daß man bequem in der Tasche verbergen kann und bei dem man auf jedem Spaziergange über die Grenze hundert Mark verdienen kann. Aber trotzdem ist für uns die Frage sehr beachtenswerth. Für die vom Staatssekretär empfohlene Verbrauchsbeschränkung sind auch wir. Wir gehen von dem Standpunkt aus, daß das Saccharin weniger ein Genussmittel als ein Betrugsmittel ist. Im Haushalt ist es seiner großen Süßigkeit wegen nicht gut zu verwenden; die Hausfrauen geraten in die Gefahr, zu viel zu nehmen und sich die Speisen zu verfehlen. Verwendet wird es in großen Mengen, in Konditoreien, von den Weibern und Bierkonsumenten. Besonders in den Brauereien wird Saccharin und Glyzerin statt des Malzes verwendet. Der Preis ist sehr gesunken. Während das feinste Saccharin der Nabeburger Fabrik im vorigen Jahre noch 100 Mk. kostete, wird es jetzt für 45 Mk. angeboten. Der Antrag Baasche ist nicht Fisch und Fleisch. 80 Mk. Zoll und 50 Mk. Werth sind erst 130 Mk. für das Kilogramm, das entspricht ungefähr einer Zuckermenge, die billiger für 330 Mark zu kaufen ist. Saccharin würde also immer noch 200 Mark billiger sein. Der Antrag Baasche hilft also weder der Zuckerindustrie, noch schadet er die Fächer vom Betrunge zurück. Die Verwendung im Konditoreibetriebe ist einfacher Betrag, denn ich glaube, ein Gebäck mit einem gewissen Nährwerth zu kaufen, anßerdem zahle ich denselben Preis, als wenn Zucker verwendet worden wäre. Das Saccharin aber ist andererseits ein notwendiges Arzneimittel, der Antrag Baasche würde also nur die Kranken belasten. Das ist gesundheitsgefährlich, habe ich noch nicht gehört. Das Dimehilamidobenzol, das Margarineersatzmittel, ist fast ausschließlich aus dem Saccharin verfertigt. Ist das eine gesundheitsgefährliche, dann ist es auch das andere. Wenn Sie aber überhaupt die Verwendung dieses Surrogats aus der Welt schaffen wollen, dann schaffen Sie mir die Verbrauchsabgabe für den Zucker ab. Es ist sehr bedauerlich, daß dem armen Mann gerade der Genuß des nahrhaften Zuckers verkleinert wird. Herr Baasche hat sich heute weniger warm für die Verbrauchsabgabe ausgesprochen als früher. Aber diese Liebe kommt etwas spät, sie datirt erst von dem Augenblick, wo mit der Verbrauchsabgabe kein Geschäft mehr zu machen ist. Berrigern Sie den Zuckerkonsum nicht durch Preisvertheuerung, sondern schaffen Sie die Verbrauchsabgabe ab, dann werden Sie am schnellsten zu dem erwünschten Ziele gelangen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion wird geschlossen. Nach kurzem Schlusswort des Grafen v. Carmer (R.) wird der Antrag des Abgeordneten Dr. Baasche (N.) in Verbindung mit dem des Abgeordneten Bloch (R.) an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Auer (S.) und Genossen auf Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Koalitionen, Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Das Gesetz soll folgenden Wortlaut haben:

§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzugeben.

§ 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen, einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinnung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährtesten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Zur Begründung des Antrages erhält das Wort Geyer (S.): Entgegen dem vom Reichskanzler hier im Reichstage gegebenen Versprechen gehen neuerdings die Einzelregierungen damit um, die partikularistischen Vereinigungen umzuändern, wobei verschiedene Verschlechterungen geplant werden. Deshalb halten wir es für dringend notwendig, den vorliegenden Gesetzesentwurf einzubringen. Die Stimmung der Regierung hat ihren Ausdruck gefunden in der Rede des Grafen Posadowsky bei der ersten Beratung des Etats im Dezember, in der er sagte, daß bei uns, in dem Lande des direkten allgemeinen Wahlrechts, die Arbeiterkoalitionen nicht so notwendig wären, in der er weiter von den Organisationen der Arbeiter als von Streikvereinen sprach. Es ist unglücklich, wie man sie so bezeichnen kann, als ob sie, anstatt Unterstützungszwecke zu pflegen, Politik trieben. Die Arbeiterkoalitionen sind nicht, wie sie von dem Staatssekretär hier stigmatisirt worden sind, Streikvereine, sie sind vielmehr Unterstützungvereine, die im Fall der Noth gegenfeitig Unterstützung gewähren. Der Unterstützungverein deutscher Tabakarbeiter, dem ich angehöre, hat z. B. in den ersten zehn Jahren seines Bestehens

von 769 000 Mk. Gesamtausgaben, für reisende Mitglieder 290 000 Mk. Unterstüßungsgelder ausgezahlt. Die Arbeiter sind, wenn sie sich auf die Landstraße begeben müssen, um Arbeit zu suchen, gezwungen, eine Unterstüßung von ihrem Verein zu nehmen, wenn sie nicht betteln, verhungern oder der Armenpflege verfallen wollen. Die Unterstüßungen haben einen außerordentlich wohlthätigen Zweck; sie verhindern, daß viele Arbeiter verkommen, auf schlechte Bahnen geraten. Wer nicht selbst die Noth der Arbeitslosigkeit kennt, der weiß nicht, was diese Wohlthaten bedeuten. Auch nach allen Richtungen hin ist der genannte Verein große Wohlthätigkeit aus. Er hat in den zehn Jahren außerdem 180 000 Mk. an arbeitsunfähige Kranke, Genesende usw. zur Unterstüßung ausgezahlt. Allerdings hat dieser Verein auch über 200 000 Mk. für Streiks ausgegeben, der Haupttheil aber bleibt doch für Unterstüßungszwecke. Wir verwarfen uns dagegen, daß die Arbeitervereine in so feindseliger Weise von der Regierung behandelt und so die große Masse des Volkes noch tiefer herabgedrückt werden. Noch mehr bestärkt die feindseligen Absichten der Regierung der hier jüngst so viel besprochene Erlaß des Grafen Potjomkoff. Man will Informationen einholen, natürlich nur zu dem Zweck, gelegentlich das Koalitionsrecht revidiren zu können. Hat doch der Sozialminister von der Rede im preussischen Abgeordnetenhaus selbst erklärt, daß einflussreiche Kreise von Industriellen strengeres Vorgehen gegen Streikende gewünscht hätten, und die Regierung hätte sich veranlaßt gesehen, dem in der Vereinsgesetzgebung nachzukommen. Wer da weiß, wie leicht bei Streiks Vergehen gegen den § 153 vorkommen, wie hart die Urtheile der Gerichte bei den geringsten Vergehen ausfallen, der muß sich wundern, daß die Regierung jetzt den Kampf gegen die Arbeiter noch verschärfen will. Aber selbst wenn die Arbeiterorganisationen Streikvereine wären, wären sie berechtigt; denn sie treten für die Wahrung der Interessen der Arbeiter nicht anders ein als die Arbeitgeber es zur Wahrung ihrer Interessen thun, und sie sind darum unausschließbar. Wenn die Arbeiter sich gegen die heute übliche Ausbeutung wehren, so wären diese Organisationen berechtigt; kein Mensch hätte das Recht zu sagen, es soll das Koalitionsrecht angefaßt werden. Das wäre ein bitteres Unrecht, das wäre die einseitige Parteinahme für das Unternehmertum! Was sollen die Arbeiter thun, wenn die Gesetzgebung ihnen nicht hilft, als solche Organisationen zu bilden? Niemand kann sagen, daß in diesen Organisationen Verhältnisse gegen Gesetze in größerem Maße vorgekommen seien, als sie gelegentlich Unternehmern gegen Arbeiter sich zu Schulden kommen lassen. Der Reichsanwalt hat die Ausübung des Verbindungsverbotes hier im Reichstage versprochen. Als ihm dies dann vorgehalten wurde, bestritt er, ein solches Versprechen abgegeben zu haben. Es würde ihm indessen gernüthlich bargelegt, daß seine Zusage, die er hier gethan, als ein Versprechen aufgefaßt worden ist, nicht nur vom Reichstage, auch von den verbündeten Regierungen; daß das Verbot durch die Mittheilung der Erklärung des sächsl. Ministers des Innern hier überzeugend nachgewiesen. Wenn der Reichsanwalt versucht, das zu bestreiten, so macht er die Angelegenheit für sich nur noch schlimmer, als sie schon ist. Doch die Landtagswahl trägt der Reichstag selbst. Wir haben ihn, der sich durch diese Zusage hat einlassen und hineinlegen lassen, damals bereits gewarnt; wir haben damals energisch verlangt, daß diese Materie reichsrechtlich geregelt wird. Die Mehrheit hat damals dem Reichsanwalt geglaubt. Erst, als der Reichstag sich gepreßt sah, da begann er sich darauf, daß etwas zu thun sei; da wurde das bekannte Nothgesetz angenommen. Es ist möglich, daß verschiedene Abgeordnete sich durch den Reichsanwalt haben hineinlegen lassen wollen, daß es ihnen lieb war, daß die Sache nicht durch ein Reichsgesetz geregelt wird. Und was hätte dann das Nothgesetz erreichen können? Konnte man wirklich glauben, daß dieser Mann (auf den leeren Stuhl des Reichsanwaltes deutend), der als preussischer Ministerpräsident sein Versprechen schmählich verrathen, als Reichsanwalt das Gesetz unterstüßen werde? Vom Bundesrath wird uns jetzt auch keine Unterstüßung darüber gemacht, wie weit die Sache gediehen ist, ob der Bundesrath überhaupt gewillt ist, dem unzweifelhaften Wunsche des Reichstages Folge zu leisten? (Sämmtliche Sätze des Bundesrathes sind unbesetzt.) Die Einzelregierungen haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß von der Partikulargesetzgebung nicht noch mehr abgebrochelt werde. In Bayern sucht man jetzt einige Erleichterungen zu schaffen; dadurch wird der Gegensatz zwischen dem Süden und dem reaktionären Norden noch mehr verschärft. Vor Allem ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, daß auch minderjährige Arbeiter und Frauen, denen jetzt jede Möglichkeit fehlt, sich wirtschaftlich zu schätzen, in das Koalitionsrecht einbezogen werden. Ist doch die Gewerkschaft das einzige Unterstüßungs- und Kampfmittel, das ihnen nützen könnte. In Sachsen ist man jetzt dabei, das Vereinsgesetz noch zu verschlechtern. Die Konservativen wollen die Aufhebung des Verbindungsverbotes mit den bekannten Korrelaten verknüpfen und wir fürchten, die Regierung wird ihnen nachgeben. Damit würden die gesammten wirtschaftlichen Arbeitervereinigungen schwer geschädigt werden. Man will die Minderjährigen aus den Versammlungen verbannen. In einem Orte bei Leipzig ist es aber vorgekommen, daß ein noch nicht 21 Jahre alter Mensch die Versammlung als Beamter überwacht hat. (Hört, hört! links.) Es werden Hinterredergeschichten kolportirt, es heißt, König Albert sei für Einföhrung des Verbotens des Reichsanwaltes schlechthin. Nach der Verschlechterung des Wahlrechts solle den Arbeitern in der Vereinsgesetzgebung größere Bewegungsfreiheit gewährt werden. Au die Geschichte glaubt kein Mensch. Die Regierung will sich nur hinter solche Geschichten verstecken. Kein Mensch glaubt von dieser Regierung, die das Wahlrecht der Arbeiter vertritt, daß sie die Arbeiter jetzt größere Bewegungsfreiheit gewähren will, dieselbe Regierung, die nicht nur unparteiische Handhabung des Vereinsgesetzes hält, sondern die Arbeiter überall benachtheiligt. Das Verbindungsverbot wird in Sachsen bis auf's Neue ausgeübt. Jeder Verein, jeder „einzelne Vertrauensmann“ ist aufgelöst worden auf Grund des Verbindungsverbotes. Das Kartell der Ordnungsparteien in Sachsen verfährt aber auch gegen dieses Verbot, es ist eine Gesetzwidrigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung wendet das Gesetz aber nur gegen die Arbeiter an. Der Minister von Meißel hat das ja zugegeben. Daran ist nicht zu rütteln, Herr Geheimrath Fischer. Sie kennen ja die betr. Rede des Ministers, in der er sagte: Es wird mit zweierlei Maß gemessen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie steht es mit dem Versammlungsverboten? Wegen eines Schuhmacherstreiks in einem Nachbarorte wurde eine Schuhmacherversammlung in Wegau verboten. Durch solche Verbote kann man das ganze Versammlungsrecht illusorisch machen. Dem Abg. Fräßdorf wurde in einer antisemitischen Versammlung das Wort entzogen mit der Begründung, er wolle nur seine Kandidatenrede gegen Herrn Zimmermann halten. Es ist unglücklich, was in Sachsen Alles möglich ist, aber wahr. (Weiterkeit.) Nun ist das Unikum passiert, daß auch zwei bürgerliche, antipolitische Vereine aufgelöst worden sind. Herr Fischer wollte diese Fälle gewiß auführen. (Geh. Rath Fischer: Nein!) (Weiterkeit.) Aber die bürgerlichen Mütter selbst haben hervor, daß dies bei den ersten Fällen sind. Wir wollen eine reichsrechtliche Regelung des Vereins- und Versammlungswesens, aber keine Bevorgung der Arbeiter, sondern nur völlige Gleichheit. Ein freies Vereins- und Versammlungsrecht wird die Arbeiterorganisation erleichtern, die Arbeiter diszipliniren. Disziplinierte Arbeiter werden aber weniger geneigt sein, Ungehorsamkeiten zu begehen, als unorganisirte Arbeiter. Das Zentrum sollte unseren Antrag unterstützen und seine dilatorische Politik nun einmal aufgeben. Unser Antrag ist Ihnen ja bekannt aus früheren Jahren. Es sind Bestimmungen darin, die Sie scharf bekämpft haben. Wir können aber auch davon nicht Abstand nehmen, zu verlangen, daß Derjenige, der die Ausübung der im Antrag gewählten Rechte hindert oder zu hindern versucht, mit Gefängniß von drei Monaten bestraft werden soll. Wir verlangen völlige Gleichberechtigung. Nehmen Sie unseren Antrag an. (Beifall bei den Sozialdem.)

Sächslischer Bevollmächtigter Geh. Rath Fischer: Ich bekräftige entschieden, daß die sächsische Regierung die Gesetze bei Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes verletzt. (Singer: Das hat sie noch nicht bewiesen!) Die Vereins- und Versammlungs-gesetzgebung unterliegt verfassungsmäßig der Landesgesetzgebung, ich brauche deshalb hier im Reichstage nicht darauf einzugehen. (Singer: Werken Sie doch die Sozialdemokraten hinaus! (Weiterkeit!)) Wenn man mir aber persönlich vorwirft, ich hätte als Amtshauptmann mit zweierlei Maß gemessen, so müßte ich eigentlich grob werden. Das will ich aber nicht, als der Vertreter eines Landes, dessen Bewohnern man mit Recht große Pöflichkeit nachsagt. (Große Weiterkeit.)

Fehr. v. Stamm (W): Das Koalitionsrecht ist in keiner Weise bedroht, auch nicht durch den Erlaß des Staatssekretärs (Zustimmung rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten wollen freilich auch Versammlungen von ausgelegten, womöglich noch angelegenen Menschen unter freiem Himmel zulassen; und wenn Sie jegliche Beschränkung der Vereinigungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufheben wollen, so haben Sie ja das ganze Strafrecht auf; denn Mord und Todschlag kommen dabei auch vor: die Anarchie wird eingeführt! Nein, gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung ist die Macht des Staates zu gering. Ich bedauere lebhaft, daß das Sozialisten, daß das Umsturzesgesetz hier abgelehnt ist. Denken Sie an die jüngste Brandrede des Herrn Fischer; sie beweist wohl zur Genüge, wie wenig friedfertig auch heute die Sozialdemokratie ist. Dabei wird ich wieder bemerken, daß ich im Herrenhause von jungen, unerfahrenen Arbeitern als von grünen Laufjungen gesprochen habe und darin doch keine Beleidigung des gesammten Arbeiterstandes liegen kann. Ich erinnere an die bis jetzt noch nicht widerrufenen Worte des Abg. Vauer: „Wir sind, was wir waren; wir werden sein, was wir gewesen sind!“ Angesichts solcher Aeußerungen bitte ich Sie, den vorliegenden Antrag abzulehnen. (Beifall rechts.)

Venzmann (Freis. Volksp.): Wir sehen in dem vorliegenden Antrag den ersten Schritt zu einem verfassungsmäßigen Ausbau der 1871 und versprochenen bürgerlichen Freiheit. Wir verlangen daher eine gründliche Behandlung der Materie und Verweisung an eine Kommission. Den Wünschen des Volkes wird gerade in der Koalitionsgesetzgebung am wichtigsten Rechnung getragen. Herr v. Voeltzow stand uns wenigstens nahe; heute hält man nicht einmal das für möglich. Wir sind für völlige Koalitionsfreiheit, für völlige Vereins- und Versammlungsrechte und verlangen reichs-gesetzliche Regelung. Wir bitten damit nur eine Verfassungs-beschränkung ein. Wenn aber das, was in Sachen gegen die Sozialdemokraten verübt wird, gesetzlich ist, so ist es höchste Zeit für das Reich, diese Frage zu regeln. Die Ausschließung der Minderjährigen ist schon eine reaktionäre Maßregel. Ich würde mich, nebenbei bemerkt, schämen, die minderjährigen Arbeiter in der Weise, wie Fehr. v. Stamm dies im Herrenhause gethan hat, mit Schimpfwörtern zu belegen. Wenn aber die Tertiarier in Lindwigs-lust für die Flottenvermehrung begeistert sind, so scheinen Sie die für politisch reife Männer zu halten. (Weiterkeit.) Selbst der Minister hat ihnen ja ein Dankschreiben geschickt. Ich wünschte auch eine Regelung des Ausschließungsrechts in Versammlungen; auf keinem Gebiet kommt mehr Mißbrauch der Amtsgewalt vor. Dieser Antrag wird immer wiederholt werden. Durch die Annahme desselben würden Sie die Arbeiterbewegung fördern und vielleicht eine Waffe gegen die Sozialdemokraten schmieden. (Beifall bei der Freis. Volkspartei.)

Voraus wird ein Vertagungsantrag angenommen. Persönlich bemerkt Fehr. v. Stamm (W): Ich habe nicht alle Minderjährigen mit dem erwünschten Ausdruck belegt, sondern nur diejenigen, die in Versammlungen Raufen machen.

Dr. Schönlank (S): Der Sächsische Bevollmächtigte Geh. Rath Fischer hat meinen Zwischenruf falsch interpretirt. Ich habe ihn gefragt, ob er als Amtshauptmann anders gehandelt hat als seine anderen Kollegen. Ich konstatiere mit Genugthuung, daß er heute die Unterstellung einer Handlungsweise — bei der Ausübung des Vereinsrechts mit zweierlei Maß zu messen — für beleidigend hält, die sein Chef im sächsischen Landtag offen zugestanden und die er selber früher im Reichstage vertheidigt hat.

Venzmann (W): Der Abg. v. Stamm hat jetzt seine Worte eingeschränkt. Ich würde mich aber doch schämen, jenen höchsten Ausdruck im Salon, geschweige denn im Parlament in den Mund zu nehmen.

Fehr. v. Stamm (W): Herr Venzmann hat nicht das Recht mir Belehrungen über Anstand zu geben.

Im Hause entsteht großer Lärm. Man ruft dem Abg. Venzmann zu, Abg. v. Stamm habe gegen ihn den Ausdruck „rüpelhaft“ gebraucht.

Fischer (W): Ich frage den Herrn Präsidenten, ob es mit der parlamentarischen Ordnung vereinbar ist, wenn der Abg. Fehr. v. Stamm im Hause herumläuft und gegen den Abg. Venzmann den Ausdruck „rüpelhaft“ gebraucht.

Präsident v. Buel: Der Ausdruck wäre unbedingt unzulässig, ich habe ihn aber nicht gehört.

Fehr. v. Stamm (W): Ich bin nicht im Hause herumgelaufen, habe den Ausdruck rüpelhaft aber allerdings im Gespräch mit meinen Nachbarn gebraucht. Für ein öffentliches gebrauchtes Wort hatte ich den Ausdruck nicht. Wäre er es aber, so wäre er nicht weniger schlimm, als vorhin die Bemerkung des Abg. Venzmann.

Venzmann (W): Ich habe nur einer Empfindung von mir Ausdruck gegeben. Das ist doch ganz etwas Anderes, als wenn ich einen Gegner direkt mit einem Schimpfwort belege. Der Vorfall beweist mir aber, daß das Schimpfwörter-Regiment des Fehr. v. Stamm noch größer ist, als ich noch vorhin vermuthet hatte. (Große Weiterkeit.)

Präsident v. Buel: Ich muß sagen, daß die Bemerkung des Abg. Venzmann gegen den Abg. v. Stamm ebenso unzulässig war, wie die Bemerkung des Abg. v. Stamm gegen den Abg. Venzmann. (Sittensche Weiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag, 2 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Schluss 6 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

27. Januar.
Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Diepertz, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.
Das Streikkomitee.
F. A.:
R. Schenk, Lederstraße.
Ueber die jüngste Entwicklung Lübecks sagte am Mittwoch auf einem Kommerz Herr Physikus Dr. Riedel, neue Kräfte würden hier überall lebendig, der Zeit der beschaulichen Bedächtigkeit würde eine Zeit kräftigen Aufschwunges folgen. Unsere Leser werden wissen, daß wir diese Entwicklung bereits im März v. J. in einem Artikel, welcher sich mit Lübecks Zukunft beschäftigte, mit ganz ähnlichen Worten voraus-sagten. Wir schrieben damals:
„Bedeutende Neuerungen von unabsehbarer Tragweite und unberechenbaren Folgen nähern sich ihrem Abschluß? Wie wird sich Handel und Wandel gestalten?“

Wird das alte System der gemüthlichen Müßiggang auch fernerhin den Ansprüchen genügen? Ein Thor, der es glaubt!“

Man sieht, Herr Riedel hat nichts Neues erzählt.

Sozialdemokratische Presseländer. Reichstagsabgeordneter Dr. Lütgenau, dem im Gefängniß zu Herford bekanntlich Selbstbeschäftigung nicht gestattet und die Vergünstigung des Studiums der polnischen Sprache wieder entzogen wurde, wird mit Bureauarbeiten beschäftigt und soll dabei pro Tag 4 Pf. (in Buchstaben vier Pfennige) verdienen. So hat einer unserer Parteigenossen, der ihn besuchte, der Bielefelder „Volkswacht“ mitgetheilt. Am 13. Februar wird Lütgenau wieder in Freiheit gesetzt; wir werden dann wohl näheres über die Art und Weise seiner Behandlung und Beschäftigung hören. — Wir bezweifeln, daß unsere Lübecker Schüler einen so hohen Tagesverdienst beim Wohnenlernen erzielen. Uebrigens wird, wie uns von entlassenen Straf-gefangenen kläglich mitgetheilt wurde, Genosse Fein augenblicklich mit Werkguppen beschäftigt. Bei dieser Arbeit sind im Marstall auch keine Reichthümer zu erwerben.

Gehen jetzt auch Kreuzer nach Liban? Der Steuer-mann eines Stettiner Dampfers soll im Anschluß an die f. B. Aufsehen erregende Affäre Strandmann in Liban verhaftet sein. Obige Frage dürfte somit berechtigt sein.

Für Telephonliebhaber bringt der „Verl. Lok. Anz.“ die wenig erfreuliche Mittheilung, daß bei neuen Anlagen von Fernsprech-Einrichtungen von jetzt ab nur ein Hörsapparat geliefert wird; den andern soll sich für zehn Mark kaufen, wer ihn wünscht.

Zu dem Handelsregister ist eingetragen: Am 26. Jan. 1898 auf Blatt 2030 die Firma: „Java-Kaffee-Rösterei mit elektr. Betriebe. Friedr. Brandt u. Co.“ Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: 1) Christian Ferdinand Friedrich Brandt, Kaufmann in Lübeck; 2) Friedrich Wilhelm Wangel, Kaufmann in Lübeck. Offene Handels-gesellschaft seit dem 24. Januar 1898; auf Blatt 429 bei der Firma „Johs. D. Gessden“: Die Prokura des Friedrich Heinrich David Freytag ist erloschen.

Wahl. Am 22. d. M. hat der Senat zu bürgerlichen Deputirten bei der Wasserlösungs-Kommission (Holstenhor-Landbezirk) G. F. Wehbe zu Dissau an Stelle des verstorbenen H. L. Brede zu Dissau, bei dem Medizinalkollegium Dr. med. J. L. G. Wichmann, bei der Schätzungskommission für die Vorstadt St. Jürgen Dr. phil. Waethge an Stelle des verstorbenen H. J. W. Jürgens erwählt.

Seebad Travemünde. Die „Sektion für Travemünde“ besteht aus den Senatoren Vertling, Vorsitzender, und Dr. Fehling; den bürgerlichen Deputirten J. H. Evers, H. W. Fehling, E. F. W. Nabe. Für die Sektion bestimmte Eingaben sind bei der Stadtkasse einzureichen.

Kreis Stormarn. Wegen Brandstiftung wurde ein in Hausfelde wohnender Arbeiter D. verhaftet, der im Jahre 1891 das dortige Armenhaus vorzüglich in Brand gesetzt haben soll. D. gerieth vor einigen Tagen mit seiner verheiratheten Schwester in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf sie sich gegenseitig der Brandstiftung bezichtigten. Der Inhalt des von anderen Zeuten gehörten Gezanks wurde der Behörde mitgetheilt, welche die Verhaftung des D. veranlaßte. Etwas später gerieth auch dessen Schwester in Haft. Beide sollen bereits geständig sein. — Das Armenhaus in der Gemeinde Gut Labbel brannte vorgestern bis auf den Grund nieder. Der größte Theil des Mobiliars und Inventars ist ein Raub der Flammen geworden.

Odenburg (Großh.) Zur Wahl. Am Sonntag wurde in einer auch aus den ländlichen Wahlbezirken des ersten odenburgischen Wahlkreises zahlreich besuchten Vertrauensmännerversammlung D e r a m t r i c h e r B a r g m a n n (Freis. Volkspartei) einstimmig als Reichstagskandidat proklamirt. — Der nationalliberale Kandidat Dr. Semler agitirt augenblicklich in W i r t e n f e l d.

Stadttheater. Morgen Freitag geht im Freitag-Abonnement Verthauptmann's „Die verfunke Glocke“ mit Fel. Trommsdorff als Rauteudelem in Scene. Sonnabend wird vielseitigen Wünschen zufolge wieder und zwar als vollständige Vorstellung bei halben Preisen „Dunkel Bräsig“ gegeben. In Vorbereitung befindet sich, von Herrn Direktor Erdmann-Jesniher in Scene gesetzt, das gewaltige historische Drama „König Heinrich von Ernst von Wilsenbruch, welches in allen größeren Städten mit größtem Beifall, Kassenerfolge und in zahlreichen Wiederholungen in Scene gegangen ist. Das figurenreiche Stück erfordert die Anspannung aller vorhandenen Kräfte und ist nicht allein das gesammte Schauspielpersonal, sondern auch Mitglieder der Oper darin beschäftigt.

Wilhelm-Theater. Sonntag den 30. Januar geht der lustige Schwanf „Hans Hudebein“ wieder in Scene. Des zu erwartenden großen Andranges wegen ist es rathsam, sich möglichst bald mit Billets zu versehen, welche im Vorverkauf bei Herrn Kowalsky, Sandstraße, zu billigen Preisen zu haben sind.

Sternschanz-Biehmarkt. Hamburg, 26. Januar.

Der Schweinehandel verlief gut. Inwieweit werden 660 Stück. Preise: Verlaufspreise schwere 57—59 Mk., leichte 57—58 Mk., Sauen 49—54 Mk. und Ferkel 55—57 Mk. pr. 100 Stk.

See-Berichte.

D. „Regir“, Capt. Sjöman, ist am 25. Januar in Hangö angekommen.

D. „Rant“, Capt. Walf, ist am 25. Januar in Pillau angekommen.

D. „Imatra“, Capt. Schöning, ist am 26. Januar in Hangö angekommen.

D. „Stadt Lübeck“, Capt. Krause, ist am 26. Januar in Danzig angekommen.

D. „Regir“, Capt. Sjöman, ist am 26. Januar von Hangö auf hier abgegangen.

Zu verm. 1 leeres heizb. Flügelzimmer

Ellerbrook 15, 1. Et.

Zu vermuthen zum 1. April

Stall und Wagenremise

Friedenstraße 41.

Tüchtige

Schnitt- und Maschinenschlosser

sonie ein Dreher sucht sofort

Wilh. Sparkuhl & Co.

Gesucht eine alleinstehende Frau
oder älteres Mädchen, welches den Haus-
stand führen muß.

Näheres Nabenstraße 12 a.

Zu verkaufen zwei schöne Zugänger

Glawigstraße 21 a.

Zu verkaufen ein Zugänger-Harnad

Mahlstrasse 15.

Grosse Auction!

am Freitag den 28. Januar, Nach-
mittags 2 1/2 Uhr
in der Hundestraße 41

Aber: Weithellen, 1 Meubelschrank, Eisensteg, 1
Petroleum-Maschine, Waagschale mit Gewicht, 1
Küchenlampe, ein großer Posten Maschinen, Herren-
und Damen-Zugstiefel, ein Posten Herren-Hül-
falte, Sporthemden, Unterröde, 20 Kille ff.
Cigarren und verschiedenes nicht Genannte mehr.

J. C. B. Schmehl,

Auctionator und Taxator.

Folker's

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25

empfehl
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum
elegantesten, zu billigen Preisen.

Feinste u. hochfeinste Margarine
Grund 50 und 60 Pfg.

Ba. weißes Schmalz Pfd. 40 Pf.

Schöne Blaumen Pfd. 25 u. 30 Pf.

Badkäpfel Pfd. 40 Pfg.

Trockene Birnen Pfd. 25 u. 30 Pf.

● Frisch gebrannten Caffee ●

per Pfd. 80, 100, 120, 140 u. 150 Pfg.

empfehl
Rud. Kracht, Nageb. Allee 40.

A. L. Mohr'sche ff. Margarine

per Pfd. 60 und 65 Pfg.

sonie sehr schönen Honig, Pfd. 50 Pfg.

empfehl
J. Stoffs, Arnimstraße.

Frische hiesige Land-Eier,
feinste Tafel-Butter

Margarine Pfd. 50, 55 und 60 Pfg.,
Herbfang-Flohmheringe 3 Stück 10, 2
Stück 15 und 1 Stück 10 Pfg., Brod von
der St. Jürgen-Dampfmühle, Brod von
der Genossenschafts-Bäckerei.

F. Höppner, Adnigstraße 68,
bei der Hürstraße.

Heute prima

frische Rohwurst

in bekannter Güte.

Georg Schmidt,

obere Fleischhauerstr. 11.

Kalb- und Schweinefleisch Pfd. 30 Pf.

Queenfleisch Pfd. 50 Pf.

Schweinefleisch Pfd. 60 Pf.

Flohm Pfd. 60 Pf.

empfehl
W. Strohsfeldt

73 Glockengießerstraße 73

Zur Erinnerung!

Sanitäts-Verband

der freien Hülfsklassen Lübeds.

General-Versammlung

am Freitag den 28. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahlen.
3. Verschiedene Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

*** Inventur-Ausverkauf ***

zurückgesetzter Waaren zu enorm billigen Preisen.

Ein Posten Herren-Lodenjoppen mit Futter 4,50 und 6 Mk.

Ein Posten Parchend-Damen-Beinkleider 50 Pfg. und 75 Pfg.

Zweite Parthie Leibwäsche, als:

Damenhemden, Beinkleider, Kinderhemden u. s. w.

Weisse Piqué-Damen-Jacken von 50 Pfg. an.

Rudolph Karstadt.

Die letzten Reste in Kleiderstoffen u. Cattunen

zu jedem annehmbaren Preis.

Schluss des Ausverkaufs: 31. Januar

L. Duve, Große Burgstraße 32.

Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.

General-Versammlung

am Montag den 31. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1897 und der Jahresbilanz.
2. Wahlen nach § 17 des Statuts
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

NB. Nach Schluss der Versammlung Vorlegung der Jahres-Abrechnung der
Frauen Sterbe-Kasse.

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Mittwoch den 2. Februar 1898

Abends 8 1/2 Uhr

in den **Central-Hallen**, Dankwartgrube.

Tages-Ordnung.

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1897.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und
Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns vom Jahre 1897.
4. Neuwahl des Vorstandes und eines Aufsichtsrathsmitgliedes.

An der General-Versammlung dürfen nur Mitglieder theilnehmen, die sich
durch Anteilsscheine legitimiren müssen.

Der Vorstand.

NB. Vom 25. Januar bis 2. Februar d. Js. ist die Bilanz und Jahres-
rechnung für das Jahr 1897 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokale der Ge-
nossenschafts-Bäckerei, Löpferweg 65, ausgelegt.

Diejenigen Mitglieder, welche noch kein neues Statut besitzen, können solches in
der Versammlung, gegen Vorzeigung der Anteilsscheine, in Empfang nehmen.

Feinste Metereibutter Pfd. 1 Mk.
Feinste Margarine Pfd. 60 Pfg.
Feinstes Schmalz Pfd. 40 Pfg.
Parthie gebr. Caffee Pfd. 80 Pfg.
Dankwartgrube 37. **Johs. Breede.**
Vorzügliche, stets frische

Tafel-Butter

Pfund 1,05 Mk.

Pfaffenstraße 2. **H. Hammer.**

Eine Parthie

Matjesheringe

sehr schöne Qualität,
a 5 und 10 Pfg. empfehl

Heinrich Koop.

Herbstfang-Flohm-Heringe

en gros - en detail

empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Achtung!

Werftarbeiterverband

**Ausserordentliche
Mitglieder-
Versammlung**

am Freitag den 28. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannstraße 50.
Hierzu sind sämtliche Vorstände der
auf der Werft beschäftigten Gewerkschaften ein-
geladen.

Um recht zahlreiches Erscheinen erlucht

Der Einberufer.

Club Fidelitas.

Masken-Ball

am Sonntag den 30. Januar

in sämtlichen Räumen des Stadt.

Lokalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Von 6-8 Uhr: Tanz für die Zuschauer.

Eingang derselben Gewerkschaften.

Von 7-8 Uhr: Versammlung der Masken.

Eingang derselben Königspforte.

Präzise 8 Uhr:

*** Maskenzug. ***

Fremdenkarten sind bei den Herren Levi,
Mühlenstraße 5, F. Nagel, Am Markt 14
und F. Callies, Kupferschmiedestraße 24,
zu haben.

NB. Masken in Pierrotkostüm sowie
Kinder haben keinen Zutritt.

Maskengarderobe am Ballabend im Hause.

Der Vorstand.

Circus Variété

Niemand veräume sich diese grandiose

Kunstleistung anzusehen.

Nur noch 4 Vorstellungen.

Sonabend den 29. Januar:

Erster großer

Elite-Damen-Abend.

Jeder Herr hat das Recht,

eine Dame frei einzuführen.

Wilhelm-Theater.

Sonntag den 30. Januar:

Hans Hudebein.

Stadt-Theater.

Freitag: 80. Abonnem. Vorst. 2. Abthl. Man.

Freitags-Abonnement Nr. 14.

Die versunkene Glode.

Sonabend: Volksth. Vorst. bei halben Preisen.

Auf vielfachen Wunsch.

Onkel Bräsig.

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24.

Heute Freitag: Milchreis mit Canehl und Zucker,

gebratene Leber, Kartoffeln, Sauce, gest. Rüben.

Eine parlamentarische Rundgebung für die Friedensbestrebungen.

Eine sehr erfreuliche Mitteilung wird aus dem Großherzogthum Baden übermittelt. Die Petitionskommission der zweiten Kammer hat beschlossen, die von ca. 2000 Mitgliedern unterzeichnete Petition der Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft zu Mannheim, Pforzheim, Offenburg, Konstanz und Lörrach wegen Reform des Schulunterrichtes

der großherzoglichen Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen in dem Sinne, daß die Geschichts- und Lesebücher der Volks- und Mittelschulen einer sorgfältigen Prüfung und Sichtung des Stoffes unterzogen werden, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

1. Alles chauvinistische Beiwerk ist fern zu halten;
2. Die Geschichte der Kriege ist nur in ihren allgemeinen Umrissen zu fassen;
4. Die Kulturgeschichte der Völker ist in verstärktem Maße zu pflegen.

Dieser Beschluß wurde allerdings nur mit 9 gegen 8 Stimmen gefaßt, welche sich für Uebergang zur Tagesordnung aussprachen, — es ist indessen bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Kammer zu hoffen, daß sich auch im Plenum die Mehrheit dem Antrag der Kommission anschließen wird. Den Bericht über die Verhandlungen in der Kommission hat der Abg. Pfarrer Werr erstattet, der den Reichstagspräsidenten v. Buol in der Vertretung des Landtagswahlbezirkes Wertheim-Walldürn seit den letzten Wahlen ersetzt hat. Es werden in dem Kommissionsbericht zunächst Entstehung und Satzungen der Friedensgesellschaft in sachlicher Weise geschildert und dann in einem weiteren Abschnitt die Bestrebungen der Friedensgesellschaft als wohlberechtigt nachgewiesen. Die Kommission beruft sich u. A. auf Aussprüche von Fürsten und Staatsmännern über den Frieden, und zwar auf die nachstehenden:

„Das Friedensbedürfnis bekundet sich allgemein. Möge es mir noch vergönnt sein, meinem Volke die frohe Kunde zu geben, daß die Sorgen und Lasten des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben.“

Kaiser Franz Joseph I.

„Die Blutarbeit ist mir verhasst.“

Kaiser Friedrich III.

„Wir bekennen uns offen zur vielfach verspotteten Idee eines allgemeinen europäischen Friedens.“

Moltke.

„Des Menschengeschlechtes Brandmal alle Jahrhunderte hindurch, der Hölle lautestes, schrecklichstes Hohn- gelächter ist der Krieg.“

Klopstock.

„Was gäbe es Vernünftigeres und Legitimere, als die Mächte Europas zu einem Kongreß zu berufen, bei welchem die Eigenliebe und der Widerstand vor einem höheren Schiedssprüche weichen müßten?“

Napoleon III.

„Ein vorzügliches Mittel zur Abwendung der graufigen Kriegsgefahren wäre die Herstellung der Einheit unter den Völkern. Betrachten wir die Lage Europas: Schon viele Jahre hindurch lebt man mehr

dem Scheine, als der Wirklichkeit nach im Frieden. Unter dem Einflusse gegenseitigen Argwohns weitefern fast alle Nationen in fortwährenden Rüstungen. Die unerfahrene Jugend wird der eitelsten Eitelkeit und Leichtigkeit entzogen und in die Gefahren des Militärliebens gestürzt; die tüchtigsten jungen Leute werden von der Landwirtschaft, dem höheren Studium, der Handelschast, dem Gewerbe weg zum Militärdienst gebracht. Durch die großen Auslagen werden die Staatskassen erschöpft, die Hülfskräfte der Staaten aufgerieben, das Vermögen der Privatleute in Mitleidenschaft gezogen — kurz: es giebt nichts Nothwendigeres, als gegen den Krieg anzulämpfen, und Alles, was in dieser Richtung geschieht, kann nur als eine große Forderung nicht nur der christlichen Idee — sondern auch des Gemeinwohles angesehen werden.“

Papst Leo XIII.

Des Weiteren wird in dem Kommissionsbericht die Forderung der internationalen Schiedsgerichte gleichfalls als wohlberechtigt bezeichnet und insbesondere auf den englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag vom 11. Januar 1897 hingewiesen. Zur Begründung des Beschlusses der Kommission über den Unterricht an den Volks- und Mittelschulen („Mittelschulen“ heißen in Baden die Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen u. s. w.) werden zahlreiche Zitate angeführt aus den auf diesen Anstalten eingeführten Geschichts- und Lesebüchern, in welchen der Chauvinismus in systematischer Weise genährt wird.

Zu einer Zeit, wo wieder einmal nach dem Muster von 1887 der Chauvinismus in skandalösester Weise künstlich gezüchtet und auch auf die inneren „Reichsfeinde“ ausgedehnt wird, ist diese Rundgebung doppelt erfreulich.

Der alte Bagabund.

Zu Karl v. Holteis hundertstem Geburtstag (24. Januar 1898).

Es giebt Dichtungen so überwältigend groß und selbstherrlich, daß es dem naiven Leser gar nicht einfällt, nach der Persönlichkeit dessen, der sie geschaffen hat, zu fragen. Denn diese Persönlichkeit leuchtet und schimmert ihm ja aus allen Blättern des Buches entgegen. Ihre Seele liegt nackt vor ihm da. Was kümmert ihn also der Name? Der Dichter wird über die Dichtung vergessen. Niemand weiß mir zu sagen, wie der Ritter hier, der uns die Geschichte von Siegfried, Brünhild und Kriemhild, von König Etel und von Dietrich von Bern in mittelhochdeutsche Reime gebracht hat. Man redet immer nur vom Dichter des Nibelungenliedes. Aber wo auch die Stammburg seines Geschlechtes gelegen haben mag: der Größten einer von allen, die in deutscher Sprache dichteten, war dieser Namenslose.

Welch anderes Schauspiel, wenn der Dichter seine Werke überlebt! Nicht in dem gemeinen Sinne, daß er noch als Zeitgenosse unter uns weilt, während Niemand mehr seine Bücher liest. Nein, wenn er als Verstorbener nach hundert Jahren noch, verklärt vom Schimmer der Erinnerung, unter uns umgeht — ein Geist mit weißen Haaren und freundlich lächelndem Gesicht, von den Enkeln

und Urenkeln, die ihn nie von Angesicht zu Angesicht gesehen haben, wie ein alter Bekannter freundlich begrüßt, von allen als Dichter gefeiert, obwohl nicht ein einziger zu sagen wüßte, was der Mann denn eigentlich geschrieben hat.

Wer kennt nicht den alten Holtei? Wem wird es nicht wohlthun und warm zu Muth, wenn er von dem alten Bagabunden erzählen hört? Aber Hand auf's Herz! Wer von allen, die ihn preisen, hat seine freimüthigen Selbstbekenntnisse vor vierzig Jahren, seine Bagabunden, dies köstliche Gemälde des wandelnden Rombdiantenthums, seinen breitspurigen Roman Christian Rommfell, der einem Gustav Freytag so außerordentlich gefiel, seine Gesellschaft oder seine letzten Rombdianten gelesen? Von den zahllosen Dramen, die der wandernde Theaterdirektor gleichsam während der Fahrt auf dem Theatertarren auf's Papier warf, gar nicht zu reden. Es ist zwar heute noch Mode, mit einem gewissen Respekt von Lorbeerbaum und Bettelstab zu reden, aber uns Menschen von heute, die wir eine wirkliche Kunst haben, ist der Sinn für diese halb hausbackene, halb romantische Theatralik, der jede Tiefe fehlt, abhanden gekommen, und wenn an Sommertheatern ab und zu noch die Leonore über die Bühne wandelt, um mit ihrem irreredenden Wahnsinn das Sonntagspublikum zu Thränen zu rühren, so giebt das dem Dichter noch lange kein Anrecht auf Unsterblichkeit. Ja, selbst die volkstümlichen Lieder aus Holteis Lieberspielen, die durch Peters musikalischen Hauschay in alle Familien getragen wurden — ich erinnere nur an Schier dreißig Jahre bist du alt, Fördere Niemand sein Schicksal zu hören, Denkst du daran, mein tapfter Jagenta — verstummen mehr und mehr. Sollen wir es beklagen? Nein, die weiche Polenschwärmerie des Textes und die süßliche Sentimentalität der Musik verdienen beide nicht, für Ewigkeiten aufgespart zu werden.

Aber wie kommt es denn, daß wir den Alten nicht vergessen können? Woher das seltsame Schauspiel, daß ein Dichter fortlebt, dessen Dichtungen Niemand liest? Ist es wirklich die lebenswürdige Persönlichkeit Holteis, wie sie die Zeitgenossen entzückte, was ihn uns, den Nachlebenden, noch heute werth und theuer macht? Oder ist es doch die Eigenart des Dichtens und Wirkens, die ihm ein bescheidenes Plätzchen im Tempel der Unsterblichkeit sichert? Ich glaube beides. Das Schlesierkind, das in der Sprache seiner engeren Heimath dichtete, steht da, wo es sein bestes giebt, in seiner Dialektpoesie, den Stimmen des Waldes und den Schlesiern Gedichten, mit beiden Füßen auf dem Boden seiner geliebten schlesischen Erde, und darum ergreifen uns manche dieser Lieder, so banal oft auch die Gedanken und so alltäglich die darin ausgesprochenen Gefühle sind, durch die schlichte Eigenart des Ausdrucks.

Und nun gar Holtei der Bagabund! Der Sohn des Husarenrittmeisters, der, am 24. Januar 1798 zu Breslau geboren und im Hause einer altadeligen Großtante erzogen, zum Entsetzen seiner Angehörigen zum Theater übergeht und mit seinen beiden Gattinnen als Schauspieler, Dramaturg, Direktor und Dichter 25 Jahre lang das Leben des wandernden Rombdianten führt und von Breslau nach Berlin, von Berlin nach Darmstadt, von Darmstadt wieder nach Berlin und vor da nach Riga

ihrer Popularität — läßt Direktor Fulton sie wieder in das Bureau rufen.

„Was würden Sie vorziehen, Fräulein Douglas, ein Pferd oder Geld?“

„Natürlich ein Pferd!“

„Ich wußt' es ja!“ ruft Fulton, sich vergnügt auf's Knie schlagend. „Ich wettete um zwanzig Dollars, daß Sie das Pferd wählen würden. Es kommt jetzt nur noch darauf an, welches. Begleiten Sie mich hinunter in die Ställe! Wollen mal Umschau halten!“

„Ich verstehe Sie nicht ganz, Herr Direktor.“

„Werden mich gleich verstehen. Kommen Sie nur!“

Während sie die Treppe hinunter nach den Ställen gehen, erzählt Fulton, daß die Habitués des Circus als Anerkennung für die vielen interessanten Stunden, welche Viola Douglas ihnen bereitet und weil sie durch „blau und weiß“ manch' hübsches Stimmchen in ihre Taschen gewettet haben, ihr eine Freude machen wollen. Sie dürfe ein solches Geschenk nicht zurückweisen.

Irene sieht nachdenklich aus.

„Denken Sie wirklich, ich kann es annehmen? Würden Sie es Ihrer eigenen Schwester rathen? fragt sie ein wenig scheu.

„Unbedingt. . . Was sagen Sie zu „Caprice“?“

Damit deutet er auf einen schlanken Fuchs.

Irene findet „Caprice“ entzückend und „Derby“ wundervoll und „Joe“ eine Schönheit ersten Ranges. Mit sehnsüchtigen Augen geht sie von einem Pferd zum andern. Die Wahl ist gar so schwer. . . .

Plötzlich bleibt sie stehen.

Ueber ihr sonniges Gesichtchen huscht es wie eine Regenwolke.

„Wieviel Geld würde ich erhalten an Stelle des Pferdes?“ fragt sie leise.

„Tausend Dollars.“

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.
Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

XIV.

Eine Woche ist vergangen. Die Wettrennen im Circus Arkadien bilden das Gespräch der Stadt.

Sind die Wetten echt oder nur Markt? . . . Ist es vorher abgemacht, daß „blau und weiß“ gewinnen soll? Oder ist sie thatsächlich unbeflegbar?

Für die elegante Welt wird es fast Ehrensache, sich selbst davon zu überzeugen.

In den letzten Wochen vor Weihnachten, wenn Theater und Konzerte gewöhnlich leer sind, hat der Circus Arkadien jeden Abend ein „ausverkauftes Haus“. Schon seit einiger Zeit macht sich ein Umschwung im Geschmack des Publikums bemerkbar. Der Theateraufführungen müde, wirft man sich auf den Sport und besonders auf das Wettrennen.

Direktor Fulton hat gerade im günstigsten Augenblick „Viola Douglas“ entdeckt. Jetzt ist sie der „star“ der Circus-Gesellschaft, ja der „star“ von ganz New York.

Mindestens dreimal wöchentlich muß Irene zu neuen Bildern sitzen. Gänge und Treppenflure des Circus sind mit ihren Portraits geschmückt; die Programmverkäufer tragen kleine Photographien von ihr in den Taschen mit sich herum; in allen möglichen Stellungen — Brustbild, Kniestück, ganze Figur, sitzend, stehend, reitend, im Straßen-, Gesellschafts- und Reitkostüm, Visitenkarten-, Kabinet- und Matratzformat, einfarbig oder kolorirt — so hängt sie in den Schaufenstern, schmückt sie fast jede

Zeitung, jede Wochenschrift. Ein unternehmungslustiger Kopf hat sich sogar eine Miniatur-Statue ausgedacht: „Viola Douglas auf Wagnon, ein Hinderniß nehmend.“ Wenn auch die Aehnlichkeit viel zu wünschen übrig läßt, so genügt schon das von der Schulter der Reiterin wehende blau-weiße Band, um den Erfinder in wenig Wochen zum reichen Manne zu machen.

„Bau und weiß“ gewinnt!“ so lautet das Motto der Lebewelt.

Irene's Gehalt wird verdoppelt und wieder verdoppelt und nochmals verdoppelt. Frau Forster würde sich an ihrer Stelle ein Vermögen zusammengeschart haben.

Nicht so, Irene. Ihr Beruf bereitet ihrem wagemüthigen Sinne solch' Vergnügen, daß es ihr fast wie eine Entweihung erscheint, sich dafür bezahlen zu lassen. Vielleicht kennt sie auch den Werth des Geldes zu wenig, da sie nie mehr als ein paar Dollars in der Tasche gehabt hat.

Freilich ist sie froh, daß sie jetzt in einem feinen Hause wohnt, daß sie elegante Kleider trägt und ein sauberes Dienstmädchen besitzt. Aber ihr größter Wunsch ist, ihre Verbindlichkeiten gegen Frau Forster möglichst zu verringern. Ihr händigt sie ihren ganzen Gehalt ein und behält nur einen ganz kleinen Theil für ihre Garderobe zurück.

Nach und nach lernt Irene Welt und Menschen besser kennen; sie gewinnt einen klareren Einblick in die Motive, welche deren Handlungen leiten. . . . Und je mehr ihre Neigung für Frau Forster schwindet, je mehr sie erkennt, daß dieselbe selbstsüchtig, lügenhaft, ja selbst schlecht ist, um so fester fühlt sie sich mit ihr verbunden — aus Dankbarkeit.

Eines Morgens — Irene steht gerade im Zenith

zieht, der Allerweltskünstler, der nicht nur dichtet, was er spielt, und spielt, was er dichtet, sondern zu alledem noch die von ihm gedichteten Lieder in Noten setzt, muthet er uns nicht wie eine Erscheinung aus früheren Jahrhunderten an?

Und in der That, wenn wir ihn vom Jahre 1845 ab, nachdem er der Bühne Valet gesagt, als Vorleser dramatischer Meisterwerke, als Dolmetsch Shakespeares wiederum von Stadt zu Stadt ziehen sehen, bis ihn am 12. Februar 1880 in seiner geliebten Vaterstadt die Augen zufallen, so müssen wir unwillkürlich an die Hagenenden des Mittelalters denken, jene Ritter, die dichtend und komponierend von Burg zu Burg zogen, um ihre neuen Weisen an den Mann zu bringen.

Man thut Sollei Unrecht, wenn man an seine Dichtungen, vor allem an seine Dramen, die gewöhnlichen Maßstäbe künstlerischer Kritik legt. Was der letzte Hagenende dichtete, waren lauter Improvisationen, schnell hingeschleuderte Gelegenheitsgedichte, die bestimmten äußeren Zwecken dienen sollten. Betrachten wir das poetische Dichten unter diesem Gesichtspunkte, so werden wir dem Improvisator die Anerkennung und Bewunderung nicht versagen können. Zugleich aber mag der alte Wagnard, dessen hundertsten Geburtstag wir feiern, uns eigensinnig der Feder den schönen Trost geben, daß auch im 19. Jahrhundert ein Künstler sein Leben einrichten kann wie er will, wenn er nur ein ganzer Kerl ist.

Edgar Steiger
(in der Leipziger Volksztg.)

Soziales und Partei-Leben.

Schleswig. Eine dieser Tage hier stattgehabte Versammlung der Maurer und Zimmerer von Schleswig beschäftigte sich mit der Lohnfrage. Ein von der Lohnkommission ausgearbeiteter Tarif wurde der Versammlung zur Begutachtung vorgelegt und mit einigen Abänderungen nach reger Debatte angenommen. Die Grundzüge sind folgende: Den Stundenlohn von 40 auf 42 Pfg. zu erhöhen, Ueberstunden und Sonntagsarbeit 47 Pfg. pro Stunde, Wasser- und Bauarbeit 50 Pfg. pro Stunde, Backofenarbeit 1 Mk. pro Stunde. Außerdem einige Bedingungen für Landarbeit. Der Tarif soll mit dem 15. März in Kraft treten.

Der Parteigenosse Fröhlich, früherer verantwortlicher Redakteur der „Volksstimme“ in Burgstädt i. S., hat am Montag das Landesgefängnis in Zwickau nach Verbüßung der letzten Strafe verlassen, die ihm wegen Preßvergehens auferlegt war. Innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren mußte unser Genosse insgesamt 25 1/2 Monate im Kerker zubringen. Gleichzeitig mit der Zurückkunft Fröhlichs feierte die „Volksstimme“ insofern ein seltenes Ereigniß, als gegenwärtig weder ein Redakteur von ihr ist, noch, soweit bekannt, eine Auflage gegen sie abhängig gemacht ist. In dem Zeitraum von Juli 1895 bis 24. Januar dagesen war ununterbrochen ein Redakteur der „Volksstimme“ im Gefängnis und zehn Monate lang waren es sogar zwei. Während des siebenjährigen Bestehens der „Volksstimme“ ist gegen ihre Redaktion auf insgesamt 70 1/2 Monate Gefängnis erkannt worden.

Gründerzeit im Altenlande. Am Sonntag Morgen ist nach kurzem Krankenlager der Genosse Georg Steidel, Schlossermeister in Grünendeich bei Steinkirchen, im 80. Lebensjahre gestorben. Steidel kam erst nach der Hauptwahl 1891 zur Sozialdemokratie. Er gehörte bis dahin der Freisinnigen Partei an und hatte in der Gegend von Grünendeich und Steinkirchen einen bedeutenden Einfluß. Bei der Hauptwahl 1891, als Bismarck, Genosse Schmalfeldt und der freisinnige Abloff im 19. hannoverschen Reichstagswahlkreise aufgestellt waren, hatte man in Grünendeich, Steinkirchen und Umgegend keine Stimmzettel für Abloff vertheilt. Steidel,

dann noch Freisinniger, setzte sich hin und schrieb Stimmzettel für Abloff, um dieselben unter seinen Freunden und Bekannten zu vertheilen. Das Resultat der Wahl war folgendes: Grünendeich: Abloff 94, Bismarck 21, Schmalfeldt 8 Stimmen. Steinkirchen: Abloff 92, Bismarck 57, Schmalfeldt 16 Stimmen. Bei der alsdann folgenden Stichwahl zwischen Bismarck und Schmalfeldt agitierte Steidel für Schmalfeldt und das Resultat war: Grünendeich: Schmalfeldt 50, Bismarck 51; Steinkirchen: Schmalfeldt 59, Bismarck 70 Stimmen. Von der Zeit an wandte der alte Steidel der Freisinnigen Partei den Rücken und war beständig thätig für die Sozialdemokratie. Auf seinem Tische in der Stube lagen beständig sozialistische Schriften, welche er Jedem, der ihn besuchte, zum Lesen anstellte. Er übernahm die Expedition der „Nordwacht“ für Grünendeich und Umgegend, besuchte jede Versammlung, welche in hiesiger Gegend abgehalten wurde, und gab den anwesenden Referenten manche praktischen Rathschläge für die Agitation. Als tüchtiger Schlosser war er weit und breit bekannt. Es wurden ihm deshalb auch Aufträge von Behörden übermittelt. Bei Empfangnahme eines solchen Auftrages beim Landrathsaunte meinte einmal der Landrath: „Nehmer Steidel, ich glaube, ich habe Sie schon oft in Versammlungen gesehen.“ „Ja, Herr Landrath,“ sagte Steidel, „da gehe ich immer hin, denn da kann man nämlich viel lernen!“ Er machte niemals Fehl aus seiner Bestimmung. Mögen die Altlandgenossen sich stets den Genossen Steidel zum Vorbild nehmen und demselben nachzueifern. Ehre seinem Andenken!

Aus Nah und Fern.

Preussische Schulzustände. Aus dem Kreise Belgig wird geschrieben: In H. G. L. bewohnt der Lehrer mit dem Gutschäfer ein Haus. Da sich nun auch die Schule darin befindet, so ist für den Lehrer sage und schreibe eine Stube geblieben. Der Patron der Schule ist natürlich einer von den „Edelsten der Nation.“ Ähnlich ist die Wohnung des zweiten Lehrers an der unter güttherrlichem Patronat stehenden Schule in Kees in der Brandshöhe beschaffen. Zwei hundert und vierzig Kinder werden dort von zwei Lehrern unterrichtet.

Mädchenhandel unter frommer Maske. Laut Mittheilung der „Trier. Landeszeitung“ treibt in den in der Umgebung Triers gelegenen Dörfern eine Mädchenhändlerin ihr Unwesen, die unter frommer Maske ihrem schändlichen Gewerbe obliegt. Sie wirbt die Mädchen angeblich für ein amerikanisches Nonnenkloster an, und es soll ihr auch schon gelungen sein, auf diese Weise eine Anzahl Mädchen in ihre Netze zu locken, sie dann in Begleitung einer in Ordenskleidung befindlichen Frauensperson abgerückt zu haben.

Kiao Tschan-Postkarten sind bereits auch schon im Handel erschienen und der Chauvinismus zeigt sich auf diesen Karten ebenso geschmacklos wie widerwärtig. Sie zeigen nämlich einen preussischen Grenadier, der sich auf sein Gewehr stützt und mit jedem Fuß auf den Kopf von einem Chinesen tritt, der sich verzweifelt aus der peinlichen Lage zu befreien sucht. Im Hintergrunde bewegt sich ein eigenartiges Gefährt: ein deutscher Soldat sitzt in einem vierwädrigen Karren, vor welchem drei Söhne des himmlischen Reiches mittels ihrer Köpfe vorgespannt sind.

Ein schwerer Unfall ereignete sich in dem Dorfe Rastow bei Zerlow. Dort stürzte die massiv gebaute Decke eines dem Ruterquatsbesitzer von Czarnedki gehörenden Kellers ein und erschlug zwei im Alter von 19 und 16 Jahren stehende Mädchen, welche gerade mit dem Anrichten von Bierspüner im Keller beschäftigt waren. Einem zufällig in dem Unglücksraume

anwesenden Arbeitermanne wurden beide Beine zerquetscht. Der unglückliche Vorfall ist um so tragischer als die ältere der so plötzlich ums Leben gekommenen Mägde in einigen Tagen ihre Hochzeit feiern wollte und zu diesem Zwecke bereits alle Vorbereitungen getroffen hatte.

Im Toganrover Bezirk in Rußland fand eine Gasexplosion in einer Grube statt, in welcher sich 180 Bergleute und 30 Pferde befanden. Ein Theil der Bergleute rettete sich durch einen Nebenschacht. Bisher sind 50 Leichen ermittelt worden, 19 verwundete Bergleute wurden aus der Grube herausgeschafft, von denen drei gestorben sind. Die Pferde sind sämmtlich erstickt.

Ein heller Junge. Ein Junge kam einmal eine Stunde zu spät in die Schule. Der Lehrer fuhr ihn an und fragte, wo er so lange gewesen sei. „Ja“, sagte der Junge, „heute ist draußen so mächtiges Glatteis, ich konnte überhaupt garnicht vorwärts kommen. Wenn ich einen Schritt nach vorn ging, bin ich immer gleich zwei Schritte zurückgerutscht.“ „Na, Junge“, sagte der Lehrer, wie bist Du dann überhaupt hierher gekommen?“ „Ja, einfach“, meinte der Schüler, „ich habe mich einfach umgedreht!“

Literarisches.

August Bebel: „Akademiker und Sozialist.“ Berlin 1898. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, N. B., Marienstr. 13. Preis in eleganter Ausstattung 50 Pfg. Agitations-Ausgabe 30 Pfg., Porto 8 Pfg.

Die vorliegende Broschüre enthält einen Vortrag, den August Bebel in einer öffentlichen Versammlung vor Studenten und Akademikern gehalten hat. Bebel spricht zu den Studenten davon, daß es entgegen den vorvorgestellten Mahnungen ihrer Professoren, ihre Pflicht wäre, sich um Politik zu kümmern, weil die Politik überall, in der Schule wie in der Universität, in der Wissenschaft wie im öffentlichen Leben die allergrößte Rolle spielt. Und mit dem Sozialismus insbesondere müßten sie sich abfinden; denn dieser bedeutet eine Macht, die alle Fragen in unserem öffentlichen Leben beherrscht. Um die herrschenden Vorurtheile zu zerstreuen, entrollt er ein kurzes Bild dieser sozialistischen Bewegung, zeigt, wie sie in den ökonomischen Verhältnissen der Gegenwart begründet und aus kleinen Anfängen heraus zu der gewaltigen, unaufhaltsam vordringenden Volksbewegung geworden ist, wie sie zu ihrem Ziele kommen muß, weil der Gang der Entwicklung notwendig dahin führt. Und dieses Ziel ist auch das denkbar höchste Kulturideal, das die Menschheit sich stellen konnte: Wir wollen alle Kultur- und alle Bildungsmittel jedem ohne Ausnahme nach seinen Fähigkeiten und seinen Bedürfnissen zu Theil werden lassen! Die Studenten selbst müssen die Folgen der kapitalistischen Entwicklung an eigener Leibe spüren. Aus dem untergehenden Mittelstande kommen die Söhne der Bielen, die sich in ihrem Beruf nicht mehr halten können, an die Universität; ein Andrang zu allen akademischen Verufen ist die Folge, daß man heute bereits von einem wissenschaftlichen Proletariat im wahren Sinne sprechen kann. Zum Schluß kommt Bebel noch auf die „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie zu sprechen. Wir wollen die heute bereits in vielen Beziehungen sich anbahnende Internationalität noch viel weiter entwickeln. Wir sind nicht geneigt, in dem „allgemeinen internationalen Arbeiter“ unterzugehen. Worum sollen wir unser Volkstum aufgeben, unsere Sprache, unsere Sitten? Wir wollen nur die Bestrebungen zur Förderung der Kultur zur höchsten Höhe entwickeln sehen. Wir wollen die allgemeine Völkerverbrüderung!

Der Vortrag ist nicht ausschließlich an Studenten und Akademiker gerichtet. Wir haben es hier vielmehr mit einer bei aller Kürze wirklichen Zusammenfassung der Grundgedanken des Sozialismus und der Forderungen der sozialdemokratischen Partei zu thun. Die Lektüre des hübsch angelegten Heftchens ist ebenso genussreich wie anregend und kann sehr empfohlen werden, zumal der billige Preis einem Jeden die Anschaffung desselben ermöglicht.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 18. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Ein Geniestreich. — Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft von Eduard Bernstein. — Der Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Oesterreich. Von Karl Kautsky. — Die Defakung und ein Nichtbelebend. Von Dr. Felice Kollig-Pröschel. — Notizen: Polarland und Tropenflora. Von Herrn. Holm. — Dänische Arbeitererwerbsmittelproduktionsvereine. — Feuilleton: Soborns Ende im Vahle geologischer Forderung. Von H. Dommelt.

Kolleginnen Champagner, und das gefiel ihr. Aber nicht lange. Als sie merkte, daß die Kolleginnen, sobald sie Champagner tranken, cashören, Damen zu sein, wies sie den Champagner. Und als sie merkte, daß die Herren, die hier verkehrten, Sitte und Anstand beiseite setzten, wies sie auch Such.

„Ah —!“ macht der Fremde. „Sie ist also eine wirkliche Dame!“

„Ich denke, das kann Jeder sehen.“

Der Fremde dreht seine Cigarre ein paar Mal im Munde herum, stößt dann bedächtlich die Asche ab und sagt, seine bebrillten Augen forschend auf Fulton gerichtet:

„Wären Sie sich wundern, wenn die junge Dame sich plötzlich als Erbin eines großen Vermögens entpuppte?“

„Durchaus nicht. Hab' schon vom ersten Moment an die vornehme Dame in ihr vermutet. Ist wahrscheinlich aus legend einem Grunde vom Hause entflohen.“

Der Fremde horcht auf.

„Ah —! Haben Sie denn Grund zu dieser Annahme?“

„Ja. Gesicht, Figur, Haltung.“

„Sie beurtheilen wohl eine Dame wie ein Pferd, was?“

Fulton thut, als ob er den Hieb nicht versteht und steckt sich eine neue Cigarre an.

Kleine Pause.

(Fortsetzung folgt.)

„Dann — dann möchte ich lieber die — tausend Dollars haben.“

„Gewiß, mein Kind, wenn Sie es wünschen.“

Director Fulton sieht niedergeschlagen aus. Er hat sich in seinem Lebling gefälscht und außerdem zwanzig Dollar verwettet.

„Wollen Sie einen Check oder die Summe in baar?“ fragt er geschäftsmäßig.

„In baar, wenn ich bitten darf!“ entgegnet sie mit einem langen Blick auf „Derby“.

Dann verläßt sie rasch die Ställe.

„Möcht' wissen, was sie mit dem Gelde anfangen will!“ knurrte Fulton, als er Irene zehn Hundertdollar-Scheine eingehändigt hat.

Unter bestreigt Irene ihren Wagen und fährt bei allen den Geschäften vor, deren sie sich noch entsinnen kann, in welchen Frau Foster ehemals auf den Namen „Irene Gordon“ Sachen geliehen hat. Als sie zu Hause ankam, bleiben ihr nur noch wenige Dollars. Doch fühlt sie sich glücklich und zufrieden.

„Sicht kann man sie nicht mehr einsperren!“ denkt sie mit einem Blick auf die trag auf dem Sopha liegende Frau.

„Ja, Irene ist glücklich und zufrieden. . . Sie fürchtet nicht mehr für ihr Leben. Ihr Charakter ist reifer geworden; die täglichen Reibungen haben Geist wie Körper gestärkt.“

Sie fühlt sich nicht mehr einsam und hilflos. Als sie noch ein unerfahrenes, soeben der Schule entlaufenes Ding war, da hätte man sie vielleicht beiseite bringen können; aber niemals jetzt, da sie der Liebling von ganz New York ist, da Jedermann sie kennt, vom Arbeiter bis

hin auf zum Millionär! . . . Es sollte nur mal Jemand wagen, sie für verrückt zu erklären! Hundert Aerzte würden das Gegenteil beweisen! . . . Auch nimmt sie ganz richtig an, daß der Instinkt der Selbsterhaltung Henry Foster verhindern wird, sich ihr zu nähern, selbst wenn er erfahren sollte, daß Viola Douglas identisch ist mit Irene Gordon.

Zu den vielen Lebemännern, welche häufig das neben dem Circus gelegene Arkaden-Restaurant besuchen, gehört auch ein älterer Herr, der sich „Harry Watson“ nennt.

Eines Tages sitzt er mit dem Direktor Fulton, welcher gerne bei der Cigarre plauderte, allein an einem Tischchen. Das Gespräch kommt denn auch bald auf den Circus.

„Warum ist Fräulein Viola Douglas denn niemals hier?“ fragt Harry Watson plötzlich. „Alle andern Mitglieder —“

„Vielleicht kommt eben gerade aus diesem Grunde Fräulein Douglas nicht hierher,“ erwidert der Direktor kurz.

„Hm! . . . Hält sich wohl für was Besseres?“

„Nein, so dumm ist sie nicht.“

„Aun also! Wenn die andern Mädchen es für gut finden —“

„Berehrtester, Ihr Herren führt Neben in Gegenwart der jungen Damen, denen Fräulein Douglas nur mit Widerwillen zuhören kann,“ sagt Fulton mit zusammengezogenen Brauen. „Einmal war sie hier — ganz zu Anfang, und es gefiel ihr ganz gut. Sie trank mit den